

Weitere Themen:

Meine zweite
Rede im Bundestag

Aktuelle
Nachrichten

Sizungswochen-Rückblick Aus dem
Wahlkreis & Bayern



Liebe Freunde,

es liegt wieder eine spannende **Sitzungswoche** hinter mir - am Donnerstag hielt ich meine **zweite Rede** im Deutschen Bundestag, eine **Abstimmung** jagte die nächste, der Terminkalender war, wie üblich, gefüllt von früh morgens bis spät in die Nacht.

Diesen Montag folgt bereits die nächste Sitzungswoche, doch ich reiste zwischendurch über´s Wochenende in die Heimat nach Bayern - nicht zum Entspannen, sondern um den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages auf der "Consumenta" in Nürnberg zu vertreten. Über Langeweile kann ich mich nicht beklagen und freue mich auf eine weitere ereignisreiche Woche und einen besonderen Termin im Wahlkreis: am Donnerstag wird Dr. Klaus Lang in Weiden einen Vortrag zum Gesundheitswesen halten.

Das und mehr lest ihr auf den folgenden Seiten! Viel Spaß & Erkenntnis beim Lesen!



Christian-Seltmann-Str. 21 92637 Weiden Tel. 0961 40 17 56 94 manfred.schiller.wk@bundestag.de

Wenn Euch etwas unter den Nägeln brennt, zögert nicht, mit mir oder meinen Mitarbeitern Kontakt aufzunehmen — dafür sind wir da!

Mein Wahlkreisbüro befindet sich direkt in Weiden, und freut sich auf euren Besuch.

Die Öffnungszeiten sind wie folgt:

Di.: 8.00 - 17:00 Uhr

Mi.: 8.00 - 12.00 & 13.00 - 17.00 Uhr

Do.: 11.00 - 20.00 Uhr

Jeden **Donnerstag** findet ab **18.**00 Uhr ein **Bürgerstammtisch** statt.





1. Lesung "Wasserstoff-Beschleunigungsgesetz"

Liebe Freunde.

in der vergangenen Woche habe ich zum zweiten Mal im Plenum des Deutschen Bundestages **gesprochen**: In der ersten Beratung des von der Bundesregierung

eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes** ging es um die "**Beschleunigung der Verfügbarkeit von Wasserstoff**" und um die "**Änderung weiterer rechtlicher Rahmenbedingungen für den Wasserstoffhochlauf und weiterer energierechtlicher Vorschriften.**"

Ich hinterfragte in der Debatte unter anderem die **Realisierbarkeit** eines schnellen Hochlaufs der WasserstoffInfrastruktur, und warnte vor den **großen Risiken** für Verbraucher und unsere Industrie durch derart übereilte Maßnahmen. Für dieses irrsinnige **Fass ohne Boden** der Stromerzeugung aus Wasserstoff mit teurem "grünem Strom"
(z.B. aus Flatterstrom) sollen zunächst **Milliarden investiert** werden, um dann am Ende mittels **Dauersubvention**einen Wirkungsgrad von etwa **30 Prozent** zu erhalten. Warum ich der Meinung bin, dass das "**Wasserstoff-Märchen**"
unser aller **Wohlstand gefährdet**, könnt ihr ausführlich in meiner jüngsten Rede sehen.

Ihr findet sie auf meinem YouTube-Kanal:

https://www.youtube.com/watch?v=Go9svZaazCk

Deutschland zahltob sie herkommen oder nicht.

Bis zu 12500 Euro zuzüglich Sachleistungen sollen Afghanen laut einem aktuellen "Welt"-Artikel bekommen, wenn sie auf eine Einreise nach Deutschland verzichten.

Die Aufnahme afghanischer "Ortskräfte" sorgt schon lange in Deutschland für kontroverse Diskussionen - nun möchte Alexander Dobrindts (CDU) Innenministerium diejenigen mit hohen Geld-& Sachleistungen belohnen, die das Bundesaufnahmeprogramm verlassen.

Mit den umfangreichen Leistungen soll die Existenzgrundlage gesichert werden - auf Kosten Deutschlands.

Oder anders gesagt: es fließt Geld, wenn sie hier sind und nun auch, wenn sie wegbleiben.



Genommen wird es von den fleißigen Steuerzahlern, die die Fehler der aktuellen und deren Vorgängerregierung permanent ausbaden müssen.



"Verteidigung" nun fast unbegrenzt möglich sind?

ch grabe euch immer mal wieder ein paar Zahlen und Fakten im Rahmen meiner Serie "Wusstet ihr schon, dass...?" aus.

Ihr könnt euch dann selbst eure Meinung dazu bilden.

Heute folgt Teil 20:

Wusstet Ihr schon, dass bei einer goldgedeckten (oder teil-goldgedeckten) Währung die Inflation nahe Null wäre, dass wirtschaftliches Wachstum über Kredite nur schwer möglich wäre, sondern verstärkt über angesparte Guthaben funktionieren müsste?

Dass Überproduktion kaum möglich wäre oder nur zum Preis einer Deflation (fallende Preise)?

Und, was das Schönste wäre: eine Kriegsfähigkeit wäre de facto unmöglich – Kriegswirtschaft basiert auf staatlicher Kreditaufnahme.

Wisst Ihr jetzt, warum die Schuldenbremse im März durch Änderung der Artikel 109 und 115 GG ausgehebelt wurde und Schulden für

Grüner Irrsinn, der:

Erst Wälder für Windkraft roden, dann für Milliarden Euro neue Bäume in Berlin pflanzen.

Asich aktuell in Berlin, wie wenig Bezug deutsche Politik noch zur Realität hat:

Dort wurde nun beschlossen, für mehrere Milliarden Euro neue Bäume zu pflanzen. Finanziert werden soll das ganze aus Sondervermögen.

Ihr habt richtig gelesen, das Geld wird nicht für Investitionen in Sicherheit, Bildung, Infrastruktur, Gesundheit oder ähnlich wichtiges aufgewendet, sondern für Bäume verschleudert.

Ich hätte da einen anderen Vorschlag: schützt erst einmal die Bäume, die noch da sind, anstatt sie für eure Windräder abzuholzen!

Dann könnt ihr für das gesparte Geld ein paar Schulen sanieren, Krankenhäuser retten oder die Parks sicherer machen.



Echter Umweltschutz muss vor Ideologie stehen.



Bild: © Deutscher Bundestag / Werner Schüring

Sitzungswochen-Protokoll KW 45

Meine Woche begann am **Montag** mit der Teilnahme an der **Anhörung** zum Gesetzesentwurf 21/1863 "Zuschuss zu den Übertragungsnetzkosten für das Jahr 2026". Die **Netzentgelte der Stromübertragung** sollen für alle Stromkunden (Privat und Gewerbe) gesenkt werden. Dazu erhalten die Übertragungsnetzbetreiber insgesamt 6.5 Mrd. €.

Aber tatsächlich sind es auch hier wieder nur **Taschenspielertricks**, wie bei der **Gasspeicherumlage**. Der Energieverbraucher zahlt das jetzt beides nicht mehr – und alle freuen sich. Allerdings werden diese Positionen aus dem **KTF** bezahlt, also eigentlich aus **Steuergeldern**. **Steffen Kotré** hierzu in der ersten Lesung im Plenum: "... die dümmste Energiepolitik der Welt". Mehr kann ich dazu nicht sagen.

Danach folgte die **Vorbesprechung** mit meinem Team der **Arbeitskreis-Sitzung** und der TO der Woche für den **Ausschuss Petitionen** und gleich anschließend die **AK-Sitzung**.

Am **Dienstag** startete ich mit dem **Arbeitskreis Wirtschaft und Energie**.

In dieser und in der kommenden Woche stehen einige **Anhörungen** auf der Tagesordnung, z.B. am Mittwoch noch zum Thema **Geothermie** in Deutschland und nächste Woche will die Bundesregierung Sachverständige einladen zu den Themen der **beschleunigten Beschaffung bei der Bundeswehr** uvm.

Wir sprachen auch über den bevorstehenden Abschluss

des **Handelsabkommens** "**Mercosur"** mit lateinamerikanischen Staaten.

Unsere **Landwirte** stellen sich **dagegen**, und das aus gutem Grund.

Danach nochmals volles Programm bis in den Abend mit Fraktionssitzung, Landesgruppensitzung und Obleuterunde "Petitionen".

An dieser Stelle kann ich Euch aus der **Landesgruppe** berichten, dass eine **große Veranstaltung** aller **bayerischen MdB** zum Jahresabschluss geplant ist, und zwar nicht irgendwo, sondern in der **Max-Reger-Halle** in Weiden!

Also bin ich entsprechend der **Gastgeber** und ihr könnt euch freuen auf Verköstigung und direkte Kontakte zu Euren MdBs.

Merkt Euch bitte jetzt schon den Termin 12.12.2025 vor.

Mittwochmorgen um acht Uhr fand die **Ausschusssitzung "Petitionen"** statt.

Ich kann mich wirklich über den **kollegialen Umgang** der Ausschusskollegen mit uns nicht beschweren. Ein wenig zickig (man möge den Ausdruck verzeihen) geht es zwar oft mit der **SPD** oder den **Grünen und Linken** zu, aber mit der **Union** inklusive Ihrer Vorsitzenden pflegen wir von der **AfD** einen reibungslosen Umgang.

Die **Regierungsbefragung** ab 14 Uhr bestritten die Minister **Karin Prien** (Bildung, Familie, Senioren, Frauen,

Jugend) und **Karsten Wildberger** (digitales und Staatsmodernisierung). Frau Prien kramte in der Mottenkiste der **Subventionspolitik** und lobte das **KITA-Qualitätsgesetz**, das **Start-Chancen-Programm** und den **Digital-pakt** (Folge 2.0).

Minister Wildberger will den großen Coup landen und die **staatliche Bürokratie** entrümpeln. Mit **50 Eckpunkten** und **acht Gesetzesvorhaben** will er **100 Milliarden Entlastung** bringen. Wir sollten abwarten, ob den Wor-

ten Taten folgen. Im Übrigen nimmt die **Regulierungswut** aus der EU keineswegs ab. Ich habe zum Thema erst vor einigen Tagen einen Beitrag auf PI-News geschrieben ->

Tod durch Überregulierung oder durch Kostenmaximierung – die Industrie hat die Wahl - PI-NEWS

Minister Wildberger sieht jedenfalls nach seinen Worten keinen Grund, der Bevölkerung ein **Grundrecht**

auf analoges Leben einzuräumen, denn in Kürze wird die sog. **EUDI-Wallet** auch in **Deutschland eingeführt** werden. Diese wäre z.B. auch die **Grundlage für ein Sozialkreditsystem** nach chinesischem Vorbild.

"Wenn die Bürgerinnen und Bürger den Nutzen erkennen, dann werden sie am Ende auch die Notwendigkeit sehen, das zu nutzen".

In der anschließenden allgemeinen Fragestunde über 45 Minuten stand die parl. Staatssekretärin Dr. Launert Rede und Antwort. Wir hörten, dass über die High-Tech-Agenda 18 Milliarden fließen sollen und 2 Mrd. in die Fusionstechnologie investiert werden. Nachdem man Kernspaltung ja bekanntlich ablehnt und die Infrastruktur hierfür "nachhaltig" zerstört, hat man nun genug Geld für unausgereifte Technologien.

Die Kollegen der **AfD** bespielten sehr oft die Frage des **anschwellenden Antisemitismus**, und dass dieser überwiegend **islamischen** oder **islamistischen Hintergrund** hat.

Am **Donnerstagmorgen** bewahrheitete sich gleich meine Aussage, als im Radio über einen derartigen **aktuellen Fall** berichtet wurde.

Für die **Aktuelle Stunde** am Mittwochnachmittag (was einer Talk-Show gleichkommt), hatte sich die **Union** mitten im **Untergang Deutschlands** das Lieblingsthema ausgesucht, nämlich **Moskau, Moskau**;

"Auswirkungen des Verhältnisses der AfD zu Russland auf

Deutschlands Sicherheitsinteressen – Kein Patriotismus, sondern mögliche Gefährdung unserer Sicherheit."

Wie Ihr alle mitbekommen habt, hatte der thüringische Chef des Verfassungsschutzes durch sämtliche Medien verlauten lassen, dass die AfD ihr Fragerecht "missbrauche", um gezielt kritische

Infrastruktur auszuforschen und daher als Agenten des Kremis handeln würden.



Bei meiner zweiten Rede im deutschen Bundestag - mehr dazu auf Seite 3 in dieser Ausgabe von "Wos Gscheits"

Absurder geht es ja wohl nicht.

Ich würde sagen, gerade weil uns z.B. im **Bundestag** der **Zutritt** zum Parlamentarischen Kontrollgremium **verwehrt** wird (überwacht die Geheimdienste), müssen wir uns **Informationen** auf dem Weg beschaffen, der uns **rechtmäßig** und ohne Diskussion in "dieser unserer Demokratie" noch verbleibt. Und das **Fragerecht** ist nunmal auch ein Teil des **Kontrollrechts** jeder **Opposition**.

Wir leuchten denen ins Hinterzimmer, die uns in diesen Schlamassel gebracht haben. Aber nicht nur **Markus Frohnmeier** konterte mit Fakten:

Karin Strunz, die als Bundestagsabgeordnete 150.000 € **Bestechungsgeld** erhalten hatte, **Philipp Amthor** hatte sich mit 250.000 €

Aktienoptionen von einem ausländischen Sicherheitsunternehmen **schmieren lassen** und **Herr Hirte**, ehemaliger Ostbeauftragter, soll einen **Agenten beauftragt** haben. Außerdem wird der **angebliche Nordstream2-Terrorist**, der in Polen in Haft sitzt, von dieser Regie-



rung laufen gelassen. Bitte hört hier auch die Rede von **Stephan Brandner**:

https://www.bundestag.de/mediathek/video?video-id=7643569

Zur **Klimakonferenz** im brasilianischen Belem, zu der 50.000 Teilnehmer zum großen Teil **eingeflogen** wurden, gab es in erster Lesung **mehrere Anträge** (z.B. "Neuer Schwung für den internationalen Klimaschutz" der CDU Dr.-Nr. 21/2540), die aber wohl am Thema vorbeigingen. Man hätte doch eher mal fragen sollen, wieso extra für dieses Event eine **13 Kilometer lange und 24 Meter breite Schneise in den Regenwald gerodet wurde.**

Das nächste **Aufregerthema** in erster Lesung war: Einführung einer Digitalabgabe für große Onlineplattformen und Multimedia-Konzerne. Kulturstaatsminister Wolfram Weimer, der in der letzten Woche durch **Diebstahl geistigen Eigentums** bei hunderten von prominenten Autoren und dem Einstreichen staatlicher Unterstützung seines eigenen Firmenkonglomerats aufgefallen war, hatte diesen Vorschlag öffentlich propagiert und natürlich gleich den natürlichen Verbündeten der CDU, die Grünen auf seine Seite gebracht. Mit Antrag 21/2247 durch die Grünen, sollen die Staatseinnahmen aufgepäppelt werden, und diese neuen Einnahmen fließen dann "zur Stärkung von Medienvielfalt und Medienkompetenz" in dieser, unserer Demokratie - einer staatlichen finanziellen Kreislaufwirtschaft gleich - vermutlich wieder nur an Akteure wie Weimers Firmen oder linke NGOs.

Kay Gottschalk nüchtern: Es wäre mal an der Zeit, dass für Google, Amazon oder Ebay die **Steueroasen** wie z.B. Irland trockengelegt werden und der ruinöse **Steuerwettbewerb in der EU** aufhört.

Am **Donnerstag** ging es heiß her im Plenum, es gab ein wahres Feuerwerk an wichtigen sowie **namentlichen Abstimmungen** bis in die Nacht hinein.

Es begann mit dem **Antrag der Grünen** "25 Jahre UN-Resolution 1325 "Frauen, Frieden und Sicherheit" – **Feministische Außenpolitik** verteidigen und Frieden geschlechtergerecht gestalten" Drucksache 21/2555, also einem, wie ich es nenne Tralala-Antrag. Weil die **Grüninnen** den **Minister Wadephul** herbeizitieren wollten und bei der Abstimmung keine definitive Mehrheit erkennbar war, verhalfen wir der **CDU** beim folgenden **Hammelsprung** zur Mehrheit und **übersprangen** wieder einmal die **Brandmau**er. Wadephul durfte bleiben, wo er war. Obwohl: er trudelte dann noch ungerufen von selbst ein.



Die Abgeordneten verlassen den Sitzungssaal vor dem sogenannten "Hammelsprung"

Danach folgten die wöchentlichen Abstimmungen der sog. Sammelübersichten zu Petitionen. Hier werden die im Ausschuss abgearbeiteten Petitionen nach dem Mehrheitsvotum zusammengefasst und abgestimmt. Widersprechen wir z.B. dem Mehrheitsvotum im Ausschuss (was oft vorkommt), dann stimmen wir im Plenum gegen die "Liste". Haben wir sogar ein höheres Votum zu einzelnen Petitionen abgegeben, dann kommen diese Petitionen in eine separate Übersicht im Plenum, welcher wir natürlich zustimmen, die "Gegner" aber regelmäßig ablehnen.

Dann wieder einmal **Wahlen zu Gremien**, bei welchen die Fraktion immer **Anwesenheitspflicht im Plenum** anordnet. Da gibt es z.B. weniger bedeutende Gremien wie den Kunstbeirat, die Schlichtungsstelle für Reise & Verkehr und andere. Diesmal war es ein kleiner **Wahlmarathon**. Bedeutend waren dann die Wahlen zum **parl. Kontrollgremium**, für welches die Linken einen Zugang beantragten, und wie in der Vergangenheit scheiterten. Aber auch für das wichtige **Bundesschul**-

denwesengesetz-Gremium wurde gewählt, zu welchem dann auch unsere **AfD-Kandidaten** erneut an der **Brandmauer** "unserer Demokratie" scheiterten.

Die **AfD** bestimmte die **Aktuelle Stunde** mit dem Thema "Innere Sicherheit erhöhen, konsequent zurückführen und deutsche Leitkultur stärken – Konkrete Maßnahmen für ein besseres Stadtbild".

Dr. Bernd Baumann, dem in der letzten Woche erneut übel durch **staatszersetzende Antifa** mitgespielt worden war, **zeigte Flagge**.

Die **AfD** wird das veränderte Stadtbild niemals akzeptieren und fordert daher endlich eine **Politikwende in der Migration**.

300.000 abgelehnte "Asylmigranten" müssen sofort zurück!

In **dritter Lesung** wurde die **Gasspeicherumlage** abgeschafft. Die **AfD** stimmte allerdings **gegen die Gesetzesvorlage**. Bereits eingangs habe ich über diesen **Etikettenschwindel** berichtet.

In der Fachsprache: Viertes Gesetz zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes Dr.-Nr. 21/1496, 21/2078, 21/2146.

Steffen Kotré in seiner Rede: die Gasspeicherumlage wurde nur deshalb notwendig, weil nach der Abschaltung von günstigem Kernkraftstrom Gas verstromt werden musste und dann noch die Absage an russisches Gas kam.

Die erste **namentliche Abstimmung** erfolgte auf Antrag der Linken zum sog. "Mietwuchergesetz" Dr.-Nr. 21/134.

Erhöhte Mieten kommen m.E. auch von **ungezügelter Einwanderung**. Sie wollen den freien Markt abzuschaffen, wo Preise sich nun einmal nach Angebot und Nachfrage bilden, denn sie streben Bestrafungen an.

Der Antrag scheiterte.

Der Gesetzesentwurf zur "Änderung des Kohlendioxid-Speichergesetzes" Dr.-Nr. 21/1494 wurde in etwas abgeänderter Fassung (21/25949) gegen die Stimmen aller Oppositionsfraktionen in dritter Lesung durchgewunken.

Somit wird nun die **irrwitzige Technologie** der Abscheidung, des Transports und der Speicherung des "CO2-Abfalls" aus der Industrie unter dem Meeresboden vor dem Festland ermöglicht, vergleichbar mit der **Endlagerung von Sondermüll**. Hierfür werden nun pipeline-Netze innerhalb Deutschlands geschaffen. Das bedeutet



für die adressierten **Industriezweige** (z.B. Zement, Aluminium, Kalk und Gas) den **nächsten Dolchstoß** in den Rücken – allerdings wird der **Steuerzahler** natürlich mal wieder kräftig **subventionieren**.

In der ersten Lesung mit Sofortabstimmung brachte die **AfD** einen entscheidenden Vorschlag zur "Genesung" des **Gesundheitssystems** ein, der allerdings, wie zu erwarten, in der folgenden namentlichen Abstimmung **abgelehnt** wurde.

"Zuwanderung in das Gesundheitssystem begrenzen – Zurückführung der medizinischen Versorgung von Ausländern auf das verfassungsrechtlich gebotene Minimum – Orientierung am dänischen Modell" (21/1750)

Es darf keine Krankenversicherungsleistungen mehr geben für Ausländer! Wenn z.B. ausländische Bürgergeldempfänger ins Pflegeheim kommen, teilen sich die Kommunen und die GKV die Kosten. Ja, Ausländer im Bürgergeld erhalten spätestens nach 18 Monaten gleiche Leistungen wie "Menschen, die schon länger hier leben" und in die Versicherung eingezahlt haben. Versorgung im akuten Notfall sollte selbstverständlich sein, aber auch Operationen in Not- oder geplanten Eingriffen sollten zurückzuzahlen sein, so wie das überall auf der Welt gehandhabt wird.

Farbe bekennen mussten die Fraktionen "unserer Demokratie" erneut beim Antrag unseres **Landwirtschafts-AK** "Agrardieselrückerstattung sofort rückwirkend einführen" (21/604) in letzter Lesung und namentlicher Abstimmung.

Sie entschieden sich dann dafür, die Landwirte auf dem Schaden von rund 460 Mio € jährlich seit der 2023 beschlossenen Abschaffung sitzen zu lassen. Außerdem forderten wir die CO2- Bepreisung auf Dieselkraftstoffe abzuschaffen.

Ab 19.30 Uhr wurde in erster Lesung der Regierungsentwurf zum Wasserstoffhochlauf, Dr.-Nr. 21/2506 beraten. Das Gesetz legt z.B. fest, dass Anlagen und Leitungen im "überragenden öffentlichen Interesse" liegen. In meiner zweiten Rede im Bundestag machte ich deutlich, auf was für einem Holzweg sich die Bundesregierung auch bei dieser Technik befindet. Für dieses irrsinnige Fass ohne Boden der Stromerzeugung aus Wasserstoff mit teurem "grünem Strom" (z.B. aus Flatterstrom) sollen zuvor Milliarden investiert werden, um am Ende mittels Dauersubvention einen Wirkungsgrad von etwa 30 Prozent zu erhalten. Bitte seht meine Rede hier: https://www.bundestag.de/mediathek/video?video-id=7643846



Kurzmeldung: die Bundesregierung hat mithilfe "der demokratischen Fraktionen" die **steuerliche Erfassung** von Transaktionen mit **Kryptowährungen** beschlossen. Parallel haben die **Grünen** bereits einen **Antrag** 21/2630 erstellt, in dem sie die **Besteuerung** von **Erträgen** in diesem Segment fordern.

Zu nächtlicher Stunde haben dann erneut die "demokratischen Parteien" der **Selbstversklavung** in namentlicher Abstimmung zugestimmt. Denn dem deutschen Zustimmungsgesetz zu den neuen **Internationalen Gesundheitsvorschriften der WHO** (21/1508, 21/1905) unterwarfen sich die Kartellparteien.

Dr. Christina Baum in ihrer Rede: die **WHO** ist **keine unabhängige** Wächterin der globalen Gesundheit, sondern eine **spendenabhängige Marionette**, dirigiert von

Pharma-Giganten und Milliardären (z.B. Bill & Melinda-Gates-Stiftung).

Mit Antrag 21/2554 aus der Feder unseres Arbeitskreis Gesundheit beantragen wir den Austritt Deutschlands aus der WHO. Die Behandlung dieser Vorlage erfolgt aktuell im Ausschuss und wird in den kommenden Wochen im Plenum abgestimmt werden.

Am Freitag forderte die AfD "180-Grad-Wende bei Windindustrie und Photovoltaik einleiten" Dr.-Nr. 21/2545.

Deutschland bezahlt jedes Jahr ca. 4 Mrd. € für Stromimporte (meistens Kernenergie) und mehr als 10.000

Eingriffe zur Regulierung des Stromnetzes sind jährlich
notwendig. Parallel "verklappen" wir überschüssigen
Flatterstrom teuer im Ausland, so Marc Bernhard im
Plädoyer für seinen Antrag. Der Irrsinn lässt sich fortsetzen: 715.000 ha kostbare Naturfläche werden für das
2%-Ziel Windindustrie zubetoniert werden, vom Roden
der CO2-speichernden Wälder, von Abbau und Entsorgung der Windmonster nach 20 Jahren mal ganz zu
schweigen. Der Ausschuss Wirtschaft und Energie berät.

Zum Schluss noch eine "Vereinbarte Debatte" zum Thema 80 Jahre Vereinte Nationen. Während Außenminister Wadephul die Organisation in den höchsten Tönen lobte, klärte Beatrix von Storch auf: die Islamund Despotendichte in diesem Gremium nimmt ständig zu und Deutschland mit seinen 5 Milliarden Beitrag im Jahr müsse sich nach Resolutionen des Kongo oder des Iran richten. Dabei hat Deutschland noch nicht einmal einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat, die sog. Feindstaatenklausel ist immer noch in Kraft.

Und dann gings für mich auf den **Heimweg nach Weiden**, bis ich am kommenden Montag schon wieder auf der entgegengesetzten Strecke nach **Berlin** im Zug sitzen werde zur anschließenden zweiten Sitzungswoche im November.

Im **Bundestag** fand von Freitag bis Samstag das höchst interessante und erfolgreiche 4. Corona Symposium 4. Corona-Symposium – Tag 1 + 2 – AfD-Fraktion im Bundestag statt, seht das Video hier:

https://www.youtube.com/watch?v=fsED6jm8CVs

Aufklären und niemals vergessen, bis es eine vollständige Aufarbeitung gibt, das hat sich nur die AfD auf die Fahnen geschrieben.









Am Wochenende durfte ich auf der "Consumenta" in Nürnberg den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages im Rahmen einer Bürgersprechstunde vertreten.

Ich freue mich sehr über das rege Interesse an den Themen unseres Ausschusses und über den offenen Austausch mit zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern an unserem Stand!



Aus dem Wahlkreis & Bayern KLINIKUM FICHTELGEBIRGE KLINIKUM FICHTELGEBIRGE Vorstand Mitglied des Deutschen Bundestages Herrn Manfred Schiller Christian Seltmann-Straße 21 92637 Weiden i.d. OPf. dauerhaft gekürzt. Die sich daraus ergebenden Mindereinnahmen muss der Landkreis über Jahre Sie wissen, wie es um die Finandage unseres Landkreises bestellt ist. Die Ausgabensteigeru sie wissen, wie es um die Finantiage unseres Landkreises besteit ist, blie Ausgabensteigerungen in allen Bereichen bringen uns ohnerbin schoo an die Grenze der Leistungsfähigkott. Wenn nun das Defizit unseres Krankonhauses nochmals erhöht wird, werden wir bei anderen kommunalen Aufgaben kurzen müssen – etwa beim Nahverkehr, bei Schulen oder der Infrastruktur. Oder wir müssen die Kreisumlage anheben, was die finantiellen Handlungsspielraume der kreisangeborigen Gemeinden belasten wird. Wir bitten daher mit Nachdruck derum, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die von der Bundesregierung geplante Kappung der Erfössteigerung der Krankenhäuser, die vollig fachdreinel im Gestratesent war für ein Gesetz zur Befugniserweiterung und Entbürokratisierung in der Pflegb euogeseben ist, nicht beschlossen wird! Das Bundengesundheitsninisterium bzw. die Bundesregierung miss aufgefordert werden, die notwendigen Eknaparungen zur Stabilisierung der Kassenfinanzen an anderer Stelle zu finden. Beschluss des Kabinetts der Bundesregierung zur Deckelung der Finanzierung der Krankenhäuser Sohr geehrter Herr Abgeordneter, das Kabinett der Bundesregierung hat in seiner Sitzung vom 15.10.2025 einen Vorschlag beschlossen, mit dem durch Kurzungen der Budgets der Krankenhäuser Einsparungen für die Gesetzlichen Krankenversicherungen ermöglicht werden sollen. Die bayerischen Landrätinnen und Landräte haben zwar großes Verständnis für den Wunsch der Bundespolitik, die Finanzlage der Gesetzlichen Krankenkassen zu stabiliseren, ohne gleichzeitig die Wettbewerbstänigkeit der deutschen Wirtschaft krankenhäuser geschehen, denn damit wäre eine Verschlebung der Finanzierungslasten auf die Für ein vertiefendes Gespräch zur Behandlung der Thematik stehen wir jederzeit zur Verfügung. Krankenhauser geschehen, denn damit ware eine Verschiebung der Finanzierungslasten auf die Mit freundlichen Grußen Kommunen verbunden und die Existenz selbst sicherstellungsrelevanter Krankenhauser gefahrdet! Zum Hintergrund: Erst vor wenigen Wochen ist der im Koalltionsvertrag der Bundesregierung Zum Hintergrund: Erst vor wenigen Wochen ist der im Koalitionsvertrag der Bundesregierung vereinbarte und dringend erforderliche Inflationsausgleich für die Kliniene 2022 und 2023 in Höhe wich Ausgische kurd beschlossen worden. Dieser Ausgisich war von zentraler Bedeutung für das Michaelbeutung bereiten einzelner Kranienhauser und damit letztlich für eine erfolgreiche wichschauserborn. Wenn die Kliniken jezt nur wenig später von dieser Sonderzahlung schon worden und gefährliet die Existenz seibst wersorgungsrelevanter Kranienhäuser, gerade in den ländischen Räumen! Verwaltungsratsvorsitzender Für unser Klinkium bedeutet die Deckelung einer möglichen Erhöhung des mit den Kassen zu verhandelinden Budgets eine zusätzliche Finanzierungslücke in Höhe von 1,2 Mio. Euro pro Jahr. Und dabei handelt es sich nicht um einen einmaligen Effekt, der in den nächsten Budgetverhandlungen des Landesbasisfallwerts die Berechnungsgrundlage für die zu verhandelnden Krankenhausbudgets ofer risk was easy Plandore: Schlierhain 2-8 | 92613 Martiredwitz Tail: 09233 805-0 | Fax: 09231 636-14

Geplante Deckelung der Krankenhausfinanzierung

Verfehlte Gesundheits-Politik endlich stoppen!

Die Bundesregierung gefährdet mit ihrer geplanten **Deckelung der Krankenhausfinanzierung** die medizinische Versorgung im ländlichen Raum.

Wie mir das **Klinikum Fichtelgebirge** in einem Schreiben eindringlich schildert, würde die geplante Begrenzung der Budgetsteigerungen für Krankenhäuser zu einer **Finanzierungslücke** von rund **1,2 Millionen Euro jährlich** führen – allein in **Marktredwitz** und **Selb**. Das ist kein einmaliger Einschnitt, sondern eine **dauerhafte Kürzung** der Grundlage für künftige **Krankenhausbudgets**.

Diese Politik führt zu einer **zusätzlichen finanziellen Belastung** für unsere Landkreise und Gemeinden. Um die Defizite auszugleichen, müssten die **Kommunen** an anderer Stelle **sparen** – etwa bei Schulen, im ÖPNV oder bei der Infrastruktur. Am Ende droht eine **Gefährdung der wohnortnahen Gesundheitsversorgung**, besonders in den **ländlichen** Regionen.

Während in Berlin weiter an den Symptomen herumgedoktert wird, leiden die Kliniken und das Personal unter ex-

Aus dem Wahlkreis & Bayern



plodierenden Kosten, Fachkräftemangel und Bürokratie.

Die **AfD** steht klar an der **Seite der Kommunen**, der **Beschäftigten** und der **Patienten**. Ich fordere, dass die Bundesregierung ihre **verfehlte Gesundheitspolitik stoppt** und die **Finanzierung der Krankenhäuser sicherstellt** – statt sie kaputtzusparen.

Wer mehr über Wege aus dem Gesundheitschaos erfahren möchte: Am 13. November 2025 um 19 Uhr laden wir herzlich zu einem Infoabend in Weiden ein. Dr. med. Klaus Lang wird dort in seinem Vortrag "Wege aus dem Chaos" aufzeigen, wie eine zukunftsfähige Gesundheitsversorgung aussehen kann – ehrlich, faktenbasiert und ohne politische Scheuklappen. Schustermooslohe 60 ("Zum alten Schuster") in Weiden.

Kommt vorbei und informiert euch – wir freuen uns auf euch!



Kommunaler Wärmeplan der Stadt Weiden

Vernunft vor Ideologie!

ür die Stadt Weiden besteht die gesetzliche Verpflichtung, bis spätestens 2028 einen kommunalen Wärmeplan vorzulegen. Die Stadtwerke Weiden planen dafür eine Umsetzung, die hunderte Millionen Euro kosten soll. Sobald der Stadtrat das beschließt, tritt das neue Heizgesetz (GEG) mit voller Wucht in Kraft.

Das bedeutet:

Wenn einem Bürger künftig die Gas- oder

Ölheizung kaputtgeht, darf sie nicht mehr einfach ersetzt werden. Stattdessen wird er gezwungen, auf teure Wärmepumpen oder andere sogenannte klimafreundliche Systeme umzurüsten.

Für viele Hausbesitzer, auch in Weiden, wird das verheerend sein. Eine neue Heizung, Dämmung, Umbauten – schnell geht es um Summen, die Existenzen bedrohen. Wer soll das

alles bezahlen? Die Folgen dieses grünen Heiz-Irrsinns werden für viele Menschen im ganzen Land zur Katastrophe.

Und was macht die CDU? Im Wahlkampf versprach Friedrich Merz noch groß, das Heizgesetz abzuschaffen – jetzt treibt seine Partei gemeinsam mit der SPD die Heizungspolitik der ehemaligen Ampel weiter voran.

Wieder einmal zeigt sich: Wenn es ernst wird, stehen CDU und SPD auf derselben Seite – gegen die Bürger und gegen gesunden Menschenverstand.

Als Stadtrat und Bundestagsabgeordneter fordere ich, dass endlich
ehrlich gesagt wird, was diese Planungen wirklich bedeuten. Keine
schönen Worte mehr, keine grünen Träumereien – sondern klare
Zahlen, klare Folgen und endlich
Politik für die Bürger statt gegen
sie

Wir werden im Weidener Stadtrat weiter dafür kämpfen, dass

Vernunft vor Ideologie steht.



Unser Stammtisch in Weiden!

Vergangene Woche konnte ich aufgrund der Sitzungswoche in Berlin leider nicht an unserem Stammtisch in Weiden teilnehmen - während er stattfand, habe ich im Deutschen Bundestag im Rahmen der 1. Lesung zum Gesetzentwurf "Wasserstoff-Beschleunigungsgesetz" (21/2506) gesprochen.

Natürlich wurden unsere Gäste dennoch bestens über die aktuellen Themen direkt aus Berlin informiert. Meine Mitarbeiterin wies insbesondere auf das Heizgesetz (GEG) & die daraus resultierende Wärmeplanung hin, die von der Stadt Weiden bereits vorgestellt wurde.

Unser Oberbürgermeisterkandidat Herr Adam hat zudem die Pläne der Stadtratskandidaten für den bevorstehenden Wahlkampf vorgestellt, und Stadtratskan-

DONNERSTAG in Weiden

STAMMTISCH
Kommt vorbei!
Kommt vorbei!
Ihr Bundestagsobgeordneter für Weiden

didat Herr Ajazi hat auf das politische Geschehen der letzten Woche sowie auf den Brandanschlag auf das Auto von Fraktionsgeschäftsführer der AfD-Bundestagsfraktion Bernd Baumann aufmerksam gemacht.

Der Abend klang mit einem regen Austausch in geselliger Runde aus. Vielen Dank an alle, die dabei waren!

Infoabend

Fehlendes Personal, explodierende Kosten, Krankenhaussterben, endlose Wartezeiten... das Gesundheitssystem ist bankrott!

An unserem Infoabend am **13. November** in Weiden wird uns Dr. med. Klaus Lang in seinem Vortrag Wege aus dem Chaos aufzeigen - nach einer ehrlichen Analyse ohne politische Scheuklappen mit einem Blick nach vorn: Wie kann eine zukunftsfähige Gesundheitsversorgung aussehen?

Kommt vorbei und informiert euch, wir freuen uns auf euch!



Der Infoabend beginnt um 19 Uhr, Schustermooslohe 60 ("Zum alten Schuster") in 92637 Weiden!



Folgt mir auch auf YouTube:

Neben Videos & Shorts von mir findet ihr dort auch das neue Format aus dem Bundestag:

Gemeinsam mit Stephan Protschka sind wir »**Zwei Bayern in Berlin**«. Ein paar Folgen sind bereits online, weitere werden folgen. Viel Spaß beim Anschauen! Wer auf dem Laufenden bleiben und künftig kein Video verpassen will, ist herzlich dazu eingeladen, mir auf meinem neuen YouTube-Kanal zu folgen:

youtube.com/@ManfredSchillerMdB











@manfred.schiller.afd



@manfredafd

@manfredschillerafd

@manfred.schiller.afd

@manfredschillermdb